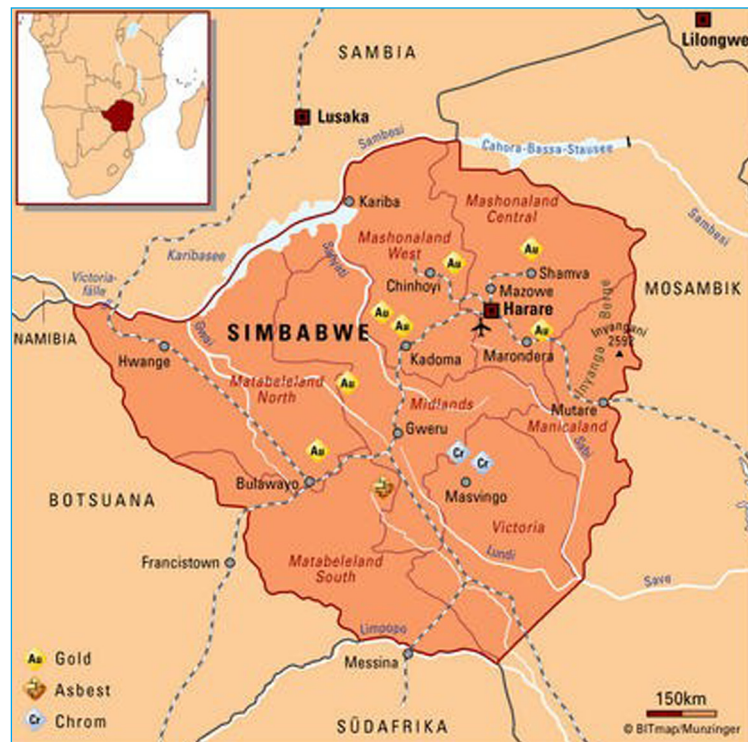


KURZINFORMATIONEN SÜDLICHES AFRIKA

REPUBLIK SIMBABWE



Quelle: Munzinger Archiv Online, 2007

INHALT

I. INNENPOLITIK	2
II. AUSSENPOLITIK	4
III. BEZIEHUNGEN ZUR EU	4
IV. ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN.....	5
IV. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	7
V. BILATERALE BEZIEHUNGEN	7

gefördert durch die

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Slezak, Gabriele; Jänner 2007; letzter Stand: August 2006
Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe
Layout: Alexandra Erös

I. INNENPOLITIK

Bei den Parlamentswahlen am 31. März 2005 hat die ZANU-PF ihr Ziel - die 2/3 Mehrheit der Parlamentssitze -erreicht, mit 78 von 120 Sitzen. Die Oppositionspartei MDC errang lediglich 41 Sitze (vor allem in den Städten). Laut offiziellem Wahlergebnis hat die ZANU-PF 78 (65%) der ausgeschriebenen 120 Parlamentssitze gewonnen, während die MDC in 41 Wahlkreisen (34%) siegreich blieb und ein Sitz geht an einen unabhängigen Kandidaten ging. Das Wahlergebnis bestätigte erneut die politische Teilung des Landes. Mit einer Ausnahme gewann die Opposition alle Sitze in den Städten (24 von 25) und eine deutliche Mehrheit in den beiden ländlichen Ndebele-Provinzen (9 von 16). Die ZANU-PF baute dagegen die politische Kontrolle über die ländlichen Shona-Provinzen (73 von 81) weiter aus.

Im Hinblick auf die Parlamentswahlen im März 2005 hatte die Regierung im September 2004 den Entwurf eines Wahlgesetzes verabschiedet, das den Anschein der Umsetzung der SADC-Wahlrichtlinien für freie und faire Wahlen erwecken sollte. Aber de facto blieb der Exekutive die Kontrolle über die Besetzung der Wahlkommission, die Wählerregistrierung und die Stimmenauszählung vorbehalten. Vorteile konnte Mugabe bereits Anfang 2005 durch die Veränderung der Wahlkreise zugunsten der ZANU-Pf erzielen. Die Städte, in denen die Opposition ihre Anhänger hat und in denen zwei Drittel der Simbabweer leben, haben jetzt nur noch ein Drittel der Wahlkreise.

Die Wahlbewertung fiel extrem unterschiedlich aus: die MDC behauptete, 94 der 120 Wahlkreise gewonnen zu haben und sprach von massiven Wahlfälschungen, aber legte bisher noch keine Beweisführung vor. Die eingeladenen Beobachtermissionen bewerteten den Wahlvorgang überwiegend positiv. So erteilten die Wahlbeobachter der Staatengemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) und die offizielle südafrikanische Delegation zwar nicht das Gütesiegel „frei und fair“, befanden aber, dass das Ergebnis den Willen der Simbabweischen Bevölkerung widerspiegelt. Die nicht zur Wahlbeobachtung eingeladenen USA, UK und andere europäische Länder (mit Ausnahme Russlands) konnten nur mit diplomatischem Personal Wahlbeobachtung betreiben. Die britische und US-amerikanische Regierung sprachen von einem massiven Wahlbetrug. Während SADC und Südafrika die Wahlen als den SADC-Regeln konform legitimierten, erklärte die EU die Wahlen ebenfalls als nicht frei und fair. Das Wahlklima sei von Einschüchterung geprägt gewesen und zweifelhafte Wählerlisten, der Neuzuschnitt einiger Wahlkreise, die Nichtzulassung von über 10% der Wähler, der Wahlausschluss von 3 Mio. AuslandsSimbawern sowie der Einsatz von Nahrungsmittelverteilungen als strategisches Mittel der Regierungspartei hätten eine perfekte und professionell inszenierte Wahl ergeben.

Mugabe erreichte dadurch sein Ziel einer verfassungsändernden Parlamentsmehrheit und ging somit als eindeutiger Sieger aus diesen Wahlen hervor und sieht die seit 2000 anhaltende politische Legitimitätskrise seines Regimes als beendet. Die MDC ging zweifellos stark geschwächt aus den Wahlen hervor, ihre Rolle im Parlament ist nun auf die einer Oppositionspartei ohne Einflussmöglichkeiten beschränkt. Die Folgen waren noch im selben Jahr spürbar: durch die Verfassungsänderung im September 2005 wurde eine weitere Konsolidierung des Regimes Mugabe erzielt - die Schaffung eines Oberhauses (Senats) zur Versorgung alt gedienter Parteikader, die bei den Parlamentswahlen unterlagen, ferner die entschädigungsfreie Enteignung von Landbesitzern sowie die Möglichkeit des Paßentzugs bei Auslandsreisen von Regimekritikern. Auch bei den Senatswahlen am 26.11.2005 gewann erwartungsgemäß die ZANU-PF mit 59 Sitzen (MDC: 7 Sitze).

Das Parteiensystem befindet sich angesichts des absehbaren Endes der Herrschaft von Robert Mugabe im Umbruch. Organisationsinterne Widersprüche führen zu Fraktionierungen und Abspaltungen. Gegenwärtig zeichnen sich die Konturen des Parteiensystems nur undeutlich ab.

Das MDC - Movement for Democratic Change ist eine heterogene Sammelbewegung, die vor allem in den Städten und in den Provinzen des Matabelelandes Unterstützung findet und sich auf die Koalition zivilgesellschaftlicher Gruppen und Interessensverbände stützt. In der Frage der Teilnahme zu den Senatswahlen im November zerstritten sich die MDC. Der Vorsitzende Tsvangirai sprach sich für einen Wahlboykott aus, daraufhin kam es am 12. Jan. 2006 zur Spaltung des MDC. Tsvangirai

wurde infolgedessen aus der Partei ausgeschlossen und im März 2006 wurde auf zwei Sonderparteitagen die Spaltung vollzogen. Der von Arthur Mutambara (gewählt Anfang März 2006) geführte Flügel (auch: Pro-Democracy MDC) drohte bereits im April 2006, nach zahlreichen Übertritten zur größeren Tsvangirai-Fraktion, wieder zu zerbrechen.

Mbalekwa verließ die Regierungspartei aus Protest gegen Mugabes Räumungsaktion („Operation Murambatsvina“) und gründete die United People's Movement (UPM) und versteht sich als „dritte Kraft“ in der Parteienlandschaft. Ihre Basis ist v. a. in Matabeleland North und die Führung haben u. a. Ex-Informationsminister Jonathan Moyo und Pearson Mbalekwa (fr. ZANU-PF-Abgeordneter) inne. Ein für den 17. Jan. 2006 geplanter UPM-Parteitag wurde von der Polizei verhindert.

Auch Mitte des Jahres 2006 bietet sich das gleiche Bild wie zum Jahresende 2005: die Opposition bleibt gespalten, der Riss scheint endgültig zu sein. Mugabe arbeitet an einer neuen Verfassung, die es erlauben würde seine Amtszeit bis 2010 auszudehnen. Die Verfassungserweiterung soll festlegen, dass künftig Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zusammenfallen. Damit würde sich die Wahl des Staatsoberhauptes um zwei Jahre verschieben. Mugabe schließt einen Rücktritt allerdings nicht mehr aus. Für seine Nachfolge interessieren sich verschiedene Gruppierungen der regierenden ZANU-PF. Die innere Zersplitterung der Partei wird durch den Konflikt zwischen General Mujuru und Mnangagwa forciert und das Drängen um die Nachfolge stiftet innerhalb der Partei große Unruhe.

Zur weiteren Machtsicherung diente auch die Operation Murambatsvina „Müllbeseitigung“, mit der über 700.000 Slum- und Vorstadtbewohner aufs Land getrieben wurden. Für diesen harten Schlag gegen die verarmte Bevölkerung werden national in den politischen Lagern und international verschiedene Erklärungsmöglichkeiten gesucht, es könnte sich zum einen um eine Rache Mugabes an den Stadtbewohnern wegen mehrheitlicher Stimmenverweigerung oder an jenen städtischen Wählern, die in nennenswertem Umfang bei den Märzwahlen für die Opposition gestimmt hatten, handeln. Zum anderen könnte damit auch die Strategie verfolgt werden, die MDC-Anhänger aus den Städten zu vertreiben oder einen substanziellen wirtschaftlichen Nutzen aus der Vertreibung einer großen Zahl von Stadtbewohnern aufs Land - unabhängig von ihrer politischen Einstellung ziehen zu können. Zur Verhinderung massiver Unruhen und Hungeraufstände wurden bewaffnete Streitkräfte eingesetzt. Die gezielte Brutalität, die Zerstörung von Hab und Gut, der Mangel an Auffanglagern und die mutwillige Missachtung der Gesundheit und des Wohlergehens der Menschen, bestätigen eine umfassende menschenrechtswidrige und systematisch durchgeführte Kampagne. Die Vereinten Nationen legten einen Sonderbericht über die Vertreibungen vor und wiesen darauf hin, dass Zwangsvertreibungen in Entwicklungsländern kein Einzelfall sind. Kommunalverwaltungen rechtfertigen diese Aktionen oft als notwendige Maßnahmen, mit der die Städte effizienter gemacht werden sollen. Der UN-Bericht ruft die internationale Gemeinschaft auf, aus der Katastrophe in Simbabwe zu lernen.

Die Frage des künftigen politischen Kurses ist gekoppelt an den künftigen wirtschaftlichen Kurs. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich das Land aus eigener Kraft aus der größten Wirtschaftskrise seiner Geschichte herausarbeiten könnte. Ohne beachtliche Mithilfe der Geberländer und ohne Bereitschaft von Weltbank und IMF sind keine relevanten Wachstumsimpulse zu erwarten. Die Geber machten aber bisher deutlich, dass ohne eine politische Liberalisierung kein wirtschaftlicher Beistand, der über die Nothilfe hinausgeht, geleistet würde. Simbabwe ist international gesehen politisch und wirtschaftlich isoliert. Einerseits wurden die Wahlergebnisse durch nationale und internationale Beobachter zurückgewiesen – mit der Konsequenz, dass die ZANU-PF-Regierung in weiten Teilen der Welt als nicht legitim abgelehnt wird. Zum anderen wird die Unterdrückung der Medien, die Missachtung des Rechtssystems, der Menschenrechte und die willkürliche Gesetzgebung kritisiert und trug zur internationalen Ächtung und zur Einfrierung internationaler Hilfsgelder durch Geber und Finanzinstitutionen bei.

Informationsminister Dr. Tichaona Jokonya wurde am Morgen des 24. Juni 2006 tot in einem Hotelzimmer in Harare aufgefunden. Die Umstände seines Todes blieben vorerst ungeklärt.

Der im Dezember 1938 geborene Politiker galt als enger Freund von Präsident Mugabe und war u. a. von 1992 bis 2003 ständiger Vertreter seines Landes bei den Vereinten Nationen. Erst eine Woche zuvor hatte Jokonya überraschend hart Kritiker der Regierung attackiert, die er als „Verräter“ bezeichnete und warnte, dass diese mit dem Tod endeten.

Auf Grund der seit Jahren katastrophalen Wirtschaftslage haben sich auch Versorgung und Bezahlung in den Streitkräften verschlechtert. Es wird vermutet, dass sich dadurch Mugabes Rückhalt im Militär verringert. Um ihren Lebensunterhalt zu sichern, griffen Soldaten wiederholt auf Raubüberfälle zurück. Mugabe beorderte andererseits Armeeeinheiten in den landwirtschaftlichen Einsatz ab, um die durch die Enteignungen „weißer“ Farmer drastisch gefallene Agrarproduktion wieder zu steigern.

II. AUSSENPOLITIK

Das Verhältnis zur ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien, zu anderen wichtigen Geberländern und der EU ist stark belastet durch die innenpolitische Situation in Simbabwe. Die Europäische Union brach aufgrund ausbleibender Ergebnisse den mit Simbabwe auf der Basis des Cotonou-Abkommens geführten Dialog ab und verhängte gezielte Sanktionen gegen Staats- und Parteiführung. Auch Initiativen im Rahmen von Commonwealth (Austritt im Dezember 2004), SADC und den Vereinten Nationen, die darauf abzielen, Menschenrechte, Demokratie und eine sozial und wirtschaftlich verträgliche Landreform in Simbabwe zu fördern, blieben bisher ohne Ergebnis. Kennzeichnend für die Haltung der überwiegenden Zahl der SADC-Mitgliedsstaaten zur Lage Simbawwes ist ein Gefühl der Solidarität mit dem ehemaligen Frontstaat, insbesondere mit Mugabe als profiliertem Kämpfer für die Unabhängigkeit Afrikas. Von besonderer Bedeutung für Simbabwe sind die Beziehungen zu Südafrika. Aus der Vergangenheit herrührende Spannungen und eine gewisse Rivalität konnten überwunden werden. In Südafrika herrscht allerdings große Besorgnis über die innenpolitische Entwicklung und den wirtschaftlichen Niedergang Simbawwes. Als Simbabwe Mitte 2005 wegen ausstehender Schulden und Tilgungszahlungen der Ausschluss aus dem IMF drohte, sagte Südafrika eine finanzielle Unterstützung nur zu, wenn sich Simbabwe zu politischen und wirtschaftlichen Reformen bereit erklärte. Angesichts der zunehmenden Isolation versucht Simbabwe verstärkt, gezielt Partnerschaften mit einzelnen Staaten wie der Volksrepublik China, Malaysia und Iran aufzubauen. Mit den angrenzenden Ländern gibt es zudem ein massives Flüchtlingsproblem, da die Zahl der wirtschaftlichen und politischen Flüchtlinge aus Simbabwe nach Südafrika, Botswana, Sambia und Namibia laufend steigt.

III. BEZIEHUNGEN ZUR EU

Am 14. Februar 2006 beschloss der Rat, dass die gegen Simbabwe getroffenen Maßnahmen im Zusammenhang mit den schweren Verstößen gegen die Menschenrechte, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Vereinigungsfreiheit und das Recht, sich friedlich zu versammeln, für einen weiteren Zeitraum von zwölf Monaten verlängert werden sollten. Diese umfassen die Aussetzung der Finanzierung von Haushaltszuschüssen und der Unterstützung von Projekten, betreffen jedoch nicht die Beiträge zu humanitären Maßnahmen und Projekten, mit denen die Bevölkerung direkt unterstützt wird, insbesondere im sozialen Bereich und in den Bereichen Demokratisierung, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

In seiner Mai-Ansprache anlässlich des Europäischen Tages 2006 wies der Delegationsvorsitzende der Europäischen Kommission, Xavier Marchal, ausdrücklich darauf hin, dass Simbabwe mit der neuerlichen Unterzeichnung des Cotonou Abkommens Ende 2005 seine Bereitschaft abgegeben habe, weiter eine Partnerschaft zu führen. Dieses Abkommen bilde den verpflichtenden Rahmen für die Beziehungen Simbawwes mit der EU, insbesondere in der derzeitigen Situation, da sich die Beziehungen seit 2002 drastisch verschlechtert hatten. Mit der neuerlichen Bestätigung des Abkommens wäre nun der Augenblick gekommen in partnerschaftlicher Arbeit die Beziehungen so

weit zu verbessern, dass Simbabwe in die Implementierungsphase des „10th European Development Funds“ Anfang 2008 bereits eingebunden werden könne. Dies sei aber erst möglich, wenn die Sanktionen gegen Simbabwe aufgehoben werden können.

Die EU ist der wichtigste Geber Simbawwes in den Sektoren Gesundheit und Bildung. Auch während der Sanktionen wurden die Maßnahmen der beiden Sektorprogramme fortgeführt, der Schwerpunkt lag aber dabei auf Humanitärer Hilfe und Katastrophenhilfe. Im Gesundheitsbereich steht vor allem die HIV/Aids Prävention sowie die medizinische Versorgung im Vordergrund. Die Zielgruppe sind Aidswaisen, von Armut betroffene Bevölkerungsgruppen, intern Vertriebene und besonders gefährdete Menschen. 2006 wurden 14 Mio. € für die kommenden 3 Jahre zugesagt, vorgesehen ist die medizinische Versorgung von Infizierten und Prävention in 35 Distrikten.

Im Bildungsbereich fördert die EU den Zugang zu Bildung in ländlichen Gegenden in 8 Distrikten. Dafür standen zwischen 2002-2006 11 Mio. € zu Verfügung. Ergänzend wird institutionelles Capacity Building im Management Bereich und zur Qualitätssicherung der Schulbildung gefördert.

Anlässlich des in Gaborone abgehaltenen regionalen Seminars über die Programmierung des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für das Gebiet der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (SADC) kam es zwischen EU und Simbabwe in Anwesenheit von EU-Kommissar Louis Michel, dem Außenminister von Simbabwe, Simbarashe Mumbengegwi, dem Finanzminister, Herbert Murerwa und Xavier Marchal, dem Vorsitzenden der EU-Delegation in Simbabwe, zur Unterzeichnung eines neuen Gesundheitsprogramms über 15,8 Mio. €. Es zielt auf die Unterstützung von besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen ab und ist für eine Periode von 3 Jahren vorgesehen. Das Programm entspricht der Programmlinie der EU gegenüber Simbabwe und leistet der Bevölkerung direkte humanitäre Hilfe in ländlichen und städtischen Gebieten.

Die EU trägt mit 12 Mio. € auch zum globalen Hilfsplan 2006 für Simbabwe bei. Die Maßnahmen umfassen direkte humanitäre Hilfe für Aids-Kranke, Aids-Waisen und intern Vertriebene.

IV. ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN

Entsprechend der sozioökonomischen Daten dürfte Simbabwe aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Krise, die Millenniumsziele bis 2015 nicht erreichen. Während Simbabwe 2003 mit einem durchschnittlichen Prokopfeinkommen von 2.443 US\$ weiterhin einen der ersten Plätze in der Region einnimmt, ist es mittlerweile beim „Human Development Index“ auf Platz 145 (von 177 Ländern) zurückgefallen. Auch die internationale Zurückhaltung, mit der Regierung Mugabe ohne Konditionen zusammenzuarbeiten, schränkt die finanziellen Möglichkeiten des Landes ein, Verbesserungen beim Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit zu erzielen. So nimmt Simbabwe beim „Human Poverty Index“ lediglich Platz 89 unter 103 bewerteten Ländern ein. Die Situation des ärmsten Teils der Bevölkerung ist selbst im Vergleich zu anderen wirtschaftlich von Armut betroffenen Ländern besonders bedrohlich. Die Lebenserwartung beträgt lediglich 36,9 Jahre - Mitte der 1970er Jahre betrug sie noch 56 Jahre. Für 1995 liegen die letzten Daten über die Einkommensverteilung vor. Damals mussten die ärmsten 10% mit 1,8% des Nationaleinkommens auskommen, während die reichsten 10% auf 40,3% kamen. Der heutige Grad der Verarmung großer Teile der Bevölkerung wäre noch dramatischer, wenn nicht drei Millionen Menschen aus Simbabwe nach Südafrika emigriert wären, um dort eine Beschäftigung zu finden und die Familien in der Heimat zu unterstützen.

Eine weitere Krise wurde durch die Dürre 2005 ausgelöst, sie bedeutete eine Nahrungsmittelknappheit für über 4 Mio. Menschen. Aber auch in diesem Zusammenhang gab es Probleme mit der internationalen Hilfe, die Kooperationsbereitschaft der Regierung war für internationale Finanzierung der Nahrungsmittelhilfe im Rahmen des „World Food Programme“ nicht gegeben.

Das Bildungssystem wurde von der Regierung seit der Unabhängigkeit ausgebaut, leidet jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Krise an starker Unterfinanzierung und verzeichnet eine Verschlechterung in einigen Schlüsselbereichen. So ging beispielsweise der Schulbesuch am Primarbildungs-

sektor zurück, 2002 besuchten etwa 83% aller Kinder eine Grundschule, 1990 waren es noch 86%. Die negativen Auswirkungen der Zwangsvertreibung der Stadtbewohner auf die Schulbesuchsrate sind noch nicht abzuschätzen, aber man rechnet mit ca. 300.000 Kindern, die aufgrund der Obdachlosigkeit der Schule fernbleiben müssen. Auch die Hungersnot und AIDS-Pandemie führten in ländlichen Gebieten in den letzten Jahren zu einem deutlichen Rückgang des Schulbesuchs. Die schwere wirtschaftliche Krise hat allgemein einen Anstieg der Kinderarbeit zu Lasten des Schulbesuchs zur Folge.

Simbabwe gehört zu den von der HIV-/AIDS-Epidemie am stärksten betroffenen Ländern der Welt. Knapp ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung (in den Grenzregionen zu Südafrika, Botswana und Mosambik erreicht die Prävalenz sogar 50-60%) sind nach offiziellen Angaben von dem Virus befallen. Im 2006 Report on the global AIDS epidemic von UNAIDS wird die Zahl der Todesfälle durch Aids auf 180.000 geschätzt, die der HIV-Infizierten auf 1,7 Mio. (davon 890.000 Frauen und 160.000 Kinder). 75 % der Betroffenen sind jünger als 14 Jahre. Im Frühjahr 2006 schätzte man die Zahl der Aids-Waisen (bis 17 Jahre) auf ca. 1,1 Mio. und ging davon aus, dass wöchentlich etwa 2.500 Personen im Zusammenhang mit Aids neu infiziert werden bzw. erkranken. Parallel hierzu nehmen andere Erkrankungen ein bedrohliches Ausmaß an. So starben seit Beginn der Regenzeit im Dezember 2005 bis Mai 2006 einige Hundert Menschen als Opfer neu ausgebrochener Cholera- und Malaria-Epidemien ohne eine ausgebildete Krankenschwester auskommen müssen. Die Regierung will bis 2007 insgesamt 6.000 Krankenschwestern ausbilden. Wären alle Gesundheitszentren mit ausgebildeten Schwestern besetzt, wäre dies ein wesentlicher Beitrag zur Verminderung der Müttersterblichkeit.

Die durchschnittliche Lebenserwartung sank in den vergangenen Jahren dramatisch und erreichte den niedrigsten Wert weltweit (Männer: 37, Frauen: 34). Nach einem am 7. April 2006 veröffentlichten WHO-Bericht haben die Menschen in Simbabwe die geringste Lebenserwartung weltweit - die Aidsrate ist die vierthöchste der Welt.

Im Gesundheitswesen fällt Simbabwe mit einer der höchsten Raten weltweit für Müttersterblichkeit auf. Nach Angaben der „Zimbabwe Association of Doctors for Human Rights“ hatten die Vertreibungen aus den städtischen Armenvierteln im Jahre 2005 negative Auswirkungen auf die Behandlung HIV positiver Kinder und Erwachsener. Durch die unzureichende Ernährung, den desolaten Zustand großer Teile des Gesundheitswesens und die Verbreitung von HIV/AIDS ist auch ein Anstieg der Kindersterblichkeit festzustellen: von 1.000 lebend geborenen Kindern starben 1990 80 bis zum 5. Geburtstag, bis 2003 stieg die Zahl auf 126 - ein Wert, der international gesehen sehr hoch ist.

Der Gender-Related Development Index zeigt für Simbabwe große Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Simbabwe steht hier auf Platz 111 von 140 bewerteten Ländern. Neben der Gewalt gegen Frauen, die in Familien in großem Umfang vorkommt, bereitet auch die große Zahl von Vergewaltigungen von Mädchen Sorge. Nach Angaben des „Girl Child Network“ zeigen jeden Tag sechs Mädchen eine Vergewaltigung an, hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer. Besonders gefährdet sind Mädchen in Haushalten, in denen es als Folge der AIDS-Pandemie keine Erwachsenen mehr gibt.

Der Anteil der Menschen, die Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, erhöhte sich von 1990 bis 2002 von 77% auf 83%. Es besteht also die Aussicht, die Zahl der Menschen, die keinen Zugang haben, bis 2015 zu halbieren. Der Anteil der Menschen mit Zugang zu einer sanitären Entsorgung hat sich im gleichen Zeitraum von 49% auf 57% erhöht. Hier sind größere Anstrengungen erforderlich, um dem Millenniumsziel zumindest nahe zu kommen. Als Problem erweist sich zudem im Trinkwasser- und Abwasserbereich, dass sich der Rückgang staatlicher Leistungen auf diesem Gebiet besonders auswirkt. Selbst in der nationalen Presse, die unter massivem staatlichen Druck steht, wird ausführlich über die Missstände berichtet.

Da die Abholzung der Wälder in Simbabwe voranschreitet, kann sich die Klimasituation nur noch weiter verschlechtern. 1990 waren noch 57,5% der Fläche Simbabwes bewaldet, 2001 nur noch 49,2%. Wie die „Zimbabwe Conservation and Development Foundation“ Mitte 2005 feststellen musste, sind

inzwischen auch Nationalparks von Zerstörung bedroht. Dürreperioden zeigen, dass Simbabwe vom globalen Klimawandel stark betroffen ist. Angesichts der zurückgehenden Niederschläge wäre eine Landwirtschaftsförderung erforderlich, die einerseits gezielt die Bewässerungswirtschaft unter Einsatz wassersparender Methoden fördert und andererseits den Regenfeldbau dabei unterstützt, mit Dürreperioden besser zurechtzukommen.

IV. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

2004 erhielt Simbabwe internationale Hilfe in Höhe von 165,4 Millionen US\$, das entspricht von einem ProKopf Betrag von 12,6 US\$ - dem niedrigsten Prokopfwert im Südlichen Afrika. Gründe dafür sind zum einen das relativ hohe durchschnittliche Prokopfeinkommen - Simbabwe gehört nicht in die Gruppe der LLDCs - vor allem aber das zerrüttete Verhältnis der Regierung zu den meisten internationalen Geberländern und -institutionen. Die Hoffnungen Mugabes, bei einer Chinareise im Juli 2005 einen dringend benötigten Kredit von einer Milliarde Dollar zu erhalten, erfüllte sich nicht. Es wurden lediglich sechs Millionen Dollar humanitäre Hilfe zugesagt und einige kleinere Vorhaben in Aussicht gestellt. Südafrika ist nur bereit, einen Kredit zu gewähren, wenn grundlegende wirtschaftliche und politische Reformen durchgeführt werden. Wenn Hilfe bewilligt wird, dann oft trotz und nicht wegen der Politik der Regierung. Viele Geberländer entschlossen sich, 2005 nur noch Nothilfe zu leisten. Die Gebergemeinschaft stellt zwar Gelder für humanitäre Zwecke zur Verfügung, die europäischen Staaten und die USA haben aber gleichzeitig ein System der Sanktionen gegen die politische Führungsschicht Simbawwes aufgebaut. So gilt im EU-Raum ein Einreiseverbot für Präsident Mugabe und mehr als 100 seiner politischen Gefolgsleute, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Die höchsten bilateralen Zuschusszahlungen 2004 kamen von Großbritannien und den USA, an EU-Mitteln flossen 28,4 Mio. US\$ (mehr als zwei Drittel der multilateralen Hilfe). Die rund 5 Mio. US\$ Nahrungsmittelhilfe für 2003 im Rahmen des World Food Program mussten 2004 zur Hälfte wieder zurückgezahlt werden.

V. BILATERALE BEZIEHUNGEN

1. KURZE ALLGEMEINE DARSTELLUNG

Die Intensivierung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Österreich und Simbabwe führten in den 80er Jahren dazu, dass mehr Entwicklungshilfe, vor allem in Form von Zuschüssen und Krediten, von österreichischer Seite geleistet wurde. In den 90er Jahren wurde Simbabwe zum Kooperationsland der OEZA. Es gibt kein Koordinationsbüro der OEZA vor Ort, aber ein HORIZONT3000-Regionalbüro für das Südliche Afrika, mit Sitz in Harare, ist zuständig für Planung, Durchführung, Monitoring und Evaluierung des gesamten Projektportfolios in der Region (Simbabwe, Mosambik, Sambia). Dazu gehören das Personalprogramm, Finanzierungsprojekte und Ko-Finanzierungsprojekte (der HORIZONT3000-Mitglieder, der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit-OEZA und der EU). Im Vordergrund der Zusammenarbeit standen Projekte zur Förderung von Mikro- und Kleinbetrieben, um der ständig steigenden strukturellen Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Ein Großteil der Geberländer zog sich bereits aus Simbabwe zurück und nahezu alle Geber stellten ihre Kooperationen mit staatlichen Stellen im Laufe der letzten Jahre ein. Zugleich spitzte sich aber die Ernährungssituation durch schlechte Ernten und Dürre in der gesamten Region zu. Schwerpunktmäßig setzt sich Österreich im Rahmen der Europäischen Union dafür ein, dass die humanitäre Unterstützung für die Bevölkerung in Simbabwe fortgeführt und intensiviert wird. Auf EU-Ebene sieht Österreich seine Aufgabe in der Vermittlerrolle, um den schwierigen Dialog mit Simbabwe zu fördern. Parallel dazu engagiert sich Österreich im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit weiterhin in Simbabwe, Österreich startet aber auf absehbare Zeit keine neuen Projekte - bereits begonnene werden so weit wie möglich weitergeführt. Mit den Partnern in Simbabwe wird auf Projektebene zusammengearbeitet, um den gezielten Einsatz der Hilfe für die Bevölkerung zu garantieren und um sich gleichzeitig für Demokratisierungsprozesse einzusetzen zu

können. Seit 2002 nahmen die ODA-Leistungen Österreichs kontinuierlich ab, 2004 waren sie, da keine Lebensmittelhilfe über das WFP abgewickelt wurde, erstmals negativ. Als Nahrungsmittelhilfe wurden 2002 und 2003 insgesamt 500.000 € innerhalb dieses Programms zur Verfügung gestellt. Die ehemalige Schwerpunktsetzung der Kooperation – die Förderung von Mikro- und Kleinbetrieben – wird zunehmend schwächer, da Projekte zum Teil auslaufen oder aber nicht weitergeführt werden können und neue Projekte entsprechend der EU-Politik auf humanitäre Hilfe ausgerichtet sind. Die langjährigen österreichischen Projektträger sind Horizont 3000, CARE-Österreich, Hilfswerk Austria, Arge Erneuerbare Energie, Missio Austria und das Österreichische Nord-Süd-Institut (ÖNSI).

2. POSITIONEN ZU DEN WICHTIGSTEN FÜR ÖSTERREICH RELEVANTEN THEMEN

Nach anfänglichen Hoffnungen auf eine Besserung der Situation in Simbabwe verschlechterte sich die Lage auf allen Ebenen der Gesellschaft und Wirtschaft eher noch. Vor dem Hintergrund von Nahrungsmittelknappheit, Hyperinflation und einer international umstrittenen Umsiedlungsaktion von Slumbewohnern wurde die Arbeit von Projektmitarbeiter/innen im Umfeld von dezentralen Strukturen oder Ministerien immer mehr in Frage gestellt, was unter anderem auch zu Projektabbrüchen führte. Die meisten derzeit laufenden Projekte sind auf armutsmindernde Strategien und Nothilfe ausgerichtet. Als besondere Zielgruppe ist die von HIV/Aids betroffene Bevölkerung vorgesehen, da der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Epidemie und dem Prozess der Verarmung in Simbabwe in besonderem Maße erkennbar ist. Einerseits ist die zum Familieneinkommen beitragende Altersgruppe durch die Krankheit besonders betroffen andererseits werden familiäre Strukturen und Gesellschaftssysteme zerstört, die bisher die Lebensgrundlage der Familien darstellte.

Angesichts dieser Situation führen das Hilfswerk Austria (HWA) und Missio Austria Projekte in Zusammenarbeit mit lokalen NGOs durch. HWA hat seit vielen Jahren Projekte Erfahrung in den Bereichen funktionale Erwachsenenbildung, Gesundheit und Einkommensförderung. Ziel ist die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung zu verbessern, in besonderem Maße werden Frauen gefördert, da diese von der schwierigen Situation stark betroffen sind. Ein lokaler Schwerpunkt wird im Nyanga Distrikt in Manicaland gesetzt. Missio leistet in Zusammenarbeit mit einer lokalen kirchlichen Organisation im Nyanga Distrikt einen Beitrag zur Verbesserung der Nahrungsmittelsicherung und der Förderung von medizinischer Versorgung Aids-Kranker sowie eines verbesserten Zugangs zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Die Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie ist seit mehreren Jahren im Bereich der Solarenergie tätig. Die derzeitigen Projektaktivitäten konzentrieren sich auf Nachhaltigkeit und Ausbildung um eine möglichst lange Lebensdauer der rund 50 Solaranlagen zu garantieren. Die Projektarbeit von Horizont3000 legte in den vergangenen Jahren mehr Gewicht auf den psychosozialen Bereich, Frauenförderung und HIV/Aids-Projekte. Die Mehrheit der Personaleinsätze war im Bereich Stärkung dezentraler Strukturen in ländlichen Rural District Councils in zwei südlichen und einer östlichen Provinz angesiedelt. Horizont3000 begann 2006 ein Projekt im Bereich der Informationstechnologie zum Aufbau eines drahtlosen Netzwerks von Computerzentren an Schulen im Distrikt Binga. Das Internet soll in der wirtschaftlich und sozial benachteiligten Region für Bildungszwecke und als Informationszugang genutzt werden können.

3. WIRTSCHAFT

Seit Jahren erleidet Simbabwe einen katastrophalen wirtschaftlichen Niedergang, der etwa vier Fünftel der Bevölkerung in die Armut trieb und wiederholt das Überleben von Millionen von Menschen von internationaler Nahrungsmittelhilfe abhängig machte. Gründe dafür sind die Folge von Dürreperioden, aber auch die seit 2000 gewaltsam durchgesetzte, mit der Enteignung „weißer“ Farmer verbundene Bodenreform und der dadurch verursachte drastische Rückgang der Agrarproduktion. Binnen acht Jahren bis 2006 ist das BIP um ca. 40 % zurückgegangen. Anfang Juni 2006 erreichte die Hyperinflation die Marke von 1.043 %, die Arbeitslosigkeit lag Ende 2005 bei über 70%. Die wirtschaftliche und soziale Krise wurde durch politisch motivierte Gewalt verschärft, durch die das Mugabe-Regime nicht nur die Zahl seiner Gegner im Inland steigerte, sondern auch

seinen internationalen Ruf nachhaltig schädigte und Sanktionen provozierte. Den - bereits angebotenen - Ausschluss aus dem IMF, bei dem Simbabwe Zahlungsrückstände von mehr als 300 Mio. US\$ angehäuft hatte, konnte die Regierung nur dadurch abwenden, dass es 2005 Zahlungen von 163,5 Mio. US\$ leistete und signalisierte, bis November 2006 auch die übrigen Rückstände zu beseitigen. Parallel liefen Gespräche mit dem IMF über ein Programm zur wirtschaftlichen Sanierung, bei dem Simbabwe mit den üblichen Konditionen (strikte Haushaltskonsolidierung, massiver Abbau staatlicher Subventionen, entschlossene Bekämpfung von Korruption und Inflation, Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien, Privatisierung) konfrontiert wurde. Bei der Verkündung des Budgets 2006 überraschte der Finanzminister mit der Prognose, dass das BIP erstmals seit Jahren um 2 bis 3,5 % wachsen und zugleich die Inflation auf 50 bis 80 % sinken werde. Aber diverse Schätzungen und Prognosen für ein und dasselbe Jahr weisen erhebliche Differenzen auf.

Der IMF ließ in der letzten Januarwoche 2006 die wirtschaftlichen und politischen Reformen in Simbabwe prüfen, zeigte sich unzufrieden mit den Fortschritten und drohte gegebenenfalls Schritte an. Eine wichtige Stütze der Devisenerlöse war in der Vergangenheit die Landwirtschaft. Diese ist aufgrund der „Blitz-Reform“ zusammengebrochen. Hinzu kommt ferner, dass die Enteignungen im Zuge der Landreform nicht einer Kleinbauernschaft die nötigen Produktionsmittel verschafften, um die Produktion für den heimischen Markt anzukurbeln. Insofern ist der Agrarsektor heute für die Wirtschaftsbilanz negativ.

Die Stabilität der Währung wurde durch die Hyperinflation ausgehöhlt. Der von der Zentralbank kontrollierte Kurs wurde Ende Januar 2006 von 26.000 auf 30.000 Z\$ für einen US-Dollar abgewertet, während der auf dem Interbankenmarkt ermittelte Kurs in der Nähe von 100.000 Z\$ und der auf dem Schwarzmarkt gehandelte bei 150.000 bis 160.000 Z\$ je US-Dollar lag.

Aufgrund der stark abnehmenden Produktion am Landwirtschaftssektor benötigen zwischen 6 und 8 Mio. Einwohner Nahrungsmittelhilfen. Auch der Tourismussektor verlor durch die schwierigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen im Land weiter an Bedeutung. Die Kaufkraft der Bevölkerung sank laufend und der Detail- sowie Großhandel sieht sich einem reduzierten Konsumbedarf gegenüber, welcher wiederum durch notwendige Entlassungen in eine steigende Arbeitslosigkeit mündet. Die österreichischen Exporte nach Simbabwe sind über die letzten Jahre kontinuierlich zurückgegangen. Von 9,97 Mio. € im Jahre 2001 auf 4,55 Mio. € in 2002 und 2,58 € (- 43,4%) im Jahre 2003. Die wichtigste Position war mit 1,09 Mio. € Papier und Pappe sowie Waren daraus, gefolgt von Maschinen für die Textilindustrie mit 444.000 € sowie Spezialmaschinen mit 188.000 €. Die österreichischen Importe aus Simbabwe schwankten in den vergangenen Jahre nur geringfügig und betragen im Jahr 2003 14,2 Mio. €, wobei alleine der Import von Tabak EUR 10,4 Mio. ausmachte. Die wertmäßig nächste Position betrifft den Import von Nickel für 2,1 Mio. € 2005 betragen die österreichischen Exporte nur mehr 1,8 Millionen € (-19,5%), die Importe nur 2 Millionen € (-59%).

4. KULTUR

Anlässlich des „Harare International Festivals of the Arts“ (HIFA) gaben die Pianisten Eduard und Johannes Kutrowatz im April 2004 ein Klavierkonzert zu vier Händen. Mit Unterstützung der Botschaft fand das Mulonga.net Festival in Siachilaba in Matabeleland statt. Gleichzeitig fand im Rahmen des Ars Electronica Festivals in Linz eine Ausstellung und Installation über dieses Festival statt. Das Kulturprojekt fand in Zusammenarbeit zwischen der ARGE Zimbabwe Freundschaft und dem Partner in Simbabwe, Kunzwana Trust, im Rahmen ihres Kulturaustauschprogramms statt.

SIMBABWE**Fact-Sheet**

Stand 24. Juli 2006

Landesname: Republic of Zimbabwe

Hauptstadt: Harare

Staatsoberhaupt und Regierungschef: Präsident Robert Mugabe

ÖB: Harare AHSt: Johannesburg;

Außenminister: Simbarashe Mumbengegwi

Fläche: 390.757 km²

Bevölkerung: 2003: 12,9 Mio. (UNDP 2005) 2006: 12,237 Mio. Einw. (UN Population Division)

jährl. Bev.-Wachstum (2000-2005): 0,59%;

städt. Bevölk. (2005): 36 % (Munzinger Archiv Online 2006)

Bevölkerungsdichte: 31,3 Einwohner/ km²

Sprachen: Dombe, Englisch, Fanagalo, Hietsware, Kalanga, Kunda, Lozi, Maniyka, Nambya, Ndau, Ndebele, Nsenga, Nyanja, Shona, Tonga, Tsonga, Tswa, Tswana, Venda. Englisch ist Amts-, Wirtschafts-, Bildungs- und Mediensprache.

Währung: Zimbabwe Dollar; 1 Euro (EUR) = 128103 Zimbabwe-Dollar (NZWD) (24.7. 2006)

Staatsform: Präsidialrepublik

Wichtigste Parteien:

Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (ZANU-PF): hervorgegangen aus dem Befreiungskrieg, 1989 durch Fusion der ZANU (PF) mit der Zimbabwe African People's Union (ZAPU) von Joshua Nkomo (gest. 1999) gebildet; Vorsitz: Robert Mugabe;

Movement for Democratic Change (MDC): gegr. 1999; heterogene Sammlung von Mugabe-Gegnern, darunter Arbeiter, Gewerkschafter, Geschäftsleute, Grundbesitzer, Angehörige der weißen Minderheit; Basis v. a. in Bulawayo, Matabeleland und Harare; Vorsitz: Morgan Tsvangirai (bestätigt am 19. März 2006);

United People's Movement (UPM): gegr. 2005; versteht sich als „dritte Kraft“; Basis v. a. in Matabeleland North; Führung: u. a. Ex-Informationsminister Jonathan Moyo und Pearson Mbalekwa (fr. ZANU-PF-Abgeordneter);

United People's Party (UPP): gegr. Anf. 2006; ZANU-PF-Dissidenten; Basis v. a. in der Region von Masvingo; Führung: Daniel Shumba;

Zimbabwe African National Union - Ndonga (ZANU-Ndonga): 1977 von der ZANU abgespalten; bis 2005 im Parlament; Vorsitz: Wilson Khumbula;

Zimbabwe Youth in Alliance (ZIYA): gegr. 2004; erfolglos in den Unter- und Oberhauswahlen 2005; Vorsitz: Chawaona Kanoti.

Nationalratswahlen 2005:

ZANU-PF 58,2% der Stimmen und 78 Sitze; MDC 38,6% der Stimmen und 41 Sitze; Unabhängige: 1 Sitz; Wahlbeteiligung: 47,7%

Wahl zum Senat 2005:

ZANU-PF: 73,7% der Stimmen und 43 Sitze; MDC 20,3% der Stimmen und sieben Sitze; Wahlbeteiligung:19,5%.

Verstädterung: 2003 35% (UNDP 2005)

Öffentliche Ausgaben für Bildung: 2000-02: 4,7% des BSP (UNDP 2005)

Alphabetisierungsrate: 2003:90% (der mind. 15-Jährigen) (UNDP 2005)

Einschulungsrate: 2002/03:Grundschule: 79%; Sekundarschule: 34% (UNDP 2005)

Öffentl. Ausgaben für das Gesundheitswesen: 2002:4,4% des BSP (UNDP, 2005)

Lebenserwartung: 2000-05: 36,9 Jahre (UNDP 2005)

Kindersterblichkeitsrate: 78 Kinder unter 5 Jahren pro 1.000 Lebendgeburten. (UNDP 2005)

HIV/Aids-Verbreitung: 2003: 24,6% der 15-49 Jährigen. (UNDP 2005)

Ernährung: 2000-02: 44% der Bevölkerung sind unterernährt. (UNDP 2005)

Zugang zu sauberem Wasser: 2002 hatten 83% der Einwohner Zugang zu sauberem Trinkwasser, und nur 57% der Einwohner standen sanitäre Einrichtungen zur Verfügung (UNDP 2005)

Human Development Index (HDI): 2003: Rang 145 von 177, mit einem Index v. 0,0,505 (max. 1,0) (UNDP, 2005)

Gender Related Development Index (GDI): 2003: Rang 111 von 140 mit einem Index v. 0,493 (max. 1) (UNDP, 2005)

Bevölkerung unter der Armutsgrenze-Human Poverty Index (HPI-1):

Rang 89 von 103, mit einem Wert v. 45,9 % (UNDP 2005)

BSP: 2003: 4,5 Mrd. US\$ (UNDP 2005); 2006: 2,5. Mrd. US\$ (nach Schätzungen des IMF)

BSP pro Kopf (PPP): 2003: 2.443 US-Dollar (UNDP 2005)

Reales Wachstum des BSP: 2005: -4,2% (EIU 2006)

Inflation (Consumer Price Inflation): 2006: 740% (Schätzungen des EIU 2006)

Arbeitslosenrate: Offene Arbeitslosigkeit wurde 2005 auf über 70% geschätzt. (Munzinger Archiv Online 2005)

Verschuldung: 2005: 5,2 Mrd. US\$ (EIU 2006)

Schuldendienst: Schuldendienstrate (Auslandsschulden) 2005: 18,5% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen (EIU, 2006)

Budgetdefizit: 2005: entspricht 4,5% des BSP (EIU 2006)

Staatshaushalt 2005/06: Ausgaben: 33.208 Mrd. Z\$; Einnahmen 22.867 Mrd. Z\$ (Munzinger Archiv Online 2006)

Official development assistance (ODA): 2004: 165,4 Mio. US\$,

ODA pro Kopf: 2004 12,6 US\$; (OECD 2006)

Außenhandel: 2005: Exporte: 1.686 Mrd. Z\$, Importe: 2.053 Mrd. Z\$ (EIU 2006)

Außenhandel mit Österreich: 2005 betragen die österreichischen Exporte 1,6 Mio. €, die Importe betragen 2 Mio.€.

Verträge mit Österreich:

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Simbabwe über die Förderung und den Schutz von Investitionen, unterzeichnet am 10.11.2000.

Mitgliedschaft in internationalen Organisationen:

SADC (Southern African Development Community)

AU (African Union)

Am 8.12.2003 trat Simbabwe aus dem Commonwealth aus.

AKP (Zusammenschluss der afrikanisch-karibisch-pazifischen Staaten)

VN (Vereinte Nationen)

WTO (World Trade Organisation)

WB (Weltbank)

IMF (Internationaler Währungsfond)

FAO (UN- Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation)

IDA (Internationale Entwicklungsorganisation)

ILO (Internationale Arbeitsorganisation)

WHO (Weltgesundheitsorganisation)

IBRD (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)

COMESA (gemeinsamer Markt der ost- und südafrikanischen Staaten)